

**Für internationalen Sozialismus und Arbeiterdemokratie!**

# **Karl Marx**



**Kritik des Gothaer Programms**

1875

**Reihe marxistischer Klassiker**

***Internationale Sozialisten***

# Karl Marx



## Kritik des Gothaer Programms<sup>1</sup>

**Geschrieben von April bis Anfang Mai 1875.  
erstmalig veröffentlicht in:**

**'Die Neue Zeit', Nr. 18, 9. Jahrgang, 1. Band, 1890 - 1891.**

**Der vorliegende Abdruck erfolgt nach der Handschrift von Marx.  
Inhaltliche Abweichungen in der Veröffentlichung von 1891 werden in  
Fußnoten vermerkt.**

**Stellen, die 1891 ausgelassen und durch Punkte ersetzt wurden,  
sind in spitze Klammern gesetzt.**

---

<sup>1</sup>Quelle: Marx / Engels Werke, Band 19, Seite 13 - 32; Dietz Verlag Berlin, 1962

Die "Kritik des Gothaer Programms" (von Marx "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei" genannt) ist einer der wichtigsten Beiträge zur Entwicklung der grundlegenden programmatischen Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus. Die Schrift ist ein Musterbeispiel unversöhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus. Genau wie Engels in seinem Brief an Bebel (MEW Band 19, Seite 3 - 9), gibt Marx in seinen "Randglossen" eine prinzipielle, kritische Einschätzung des Programmentwurfs für die künftige vereinigte sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands.

Marx' Kritik am Programmentwurf wurde 1891 zum erstenmal von Engels veröffentlicht, und zwar trotz des Widerstands opportunistischer Mitglieder des Parteivorstandes. Wie aus einem Brief von Engels an Kautsky vom 23. Februar 1891 hervorgeht, mußte sich Engels jedoch damit einverstanden erklären, einige besonders scharfe polemische Formulierungen abzuschwächen.

Der vorliegende Abdruck erfolgt nach der ursprünglichen Fassung von Marx. Das handschriftliche Original wurde im Herbst 1960 von Marx' Urenkel Marcel Charles Longuet dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU als Geschenk überreicht.

# [Brief an Wilhelm Bracke]<sup>2</sup>

London, 5. Mai 1875

Lieber Bracke!

Nachstehende kritische Randglossen zu dem Koalitionsprogramm sind Sie wohl so gut, nach Durchlesung, zur Einsicht an Geib und Auer, Bebel und Liebknecht mitzuteilen. Ich bin überbeschäftigt und muß schon weit über das Arbeitsmaß hinausschießen, das mir ärztlich vorgeschrieben ist. Es war mir daher keineswegs ein "Genuß", solch langen Wisch zu schreiben. Doch es war notwendig, damit später meinerseits zu tuende Schritte von den Parteifreunden, für welche diese Mitteilung bestimmt ist, nicht mißdeutet werden.

Es ist dies unerlässlich, da man im Ausland die von Parteifeinden sorgsam genährte Ansicht - die durchaus irrige Ansicht - hegt, daß wir die Bewegung der sog. Eisenacher Partei insgeheim von hier aus lenken. Noch in einer jüngst erschienenen russischen Schrift<sup>3</sup> macht Bakunin mich z.B. für alle Programme etc. jener Partei verantwortlich <, sondern sogar für jeden Schritt, den Liebknecht, vom Tag seiner Kooperation mit der Volkspartei<sup>4</sup> an, getan hat>.

Abgesehen davon ist es meine Pflicht, ein nach meiner Überzeugung durchaus verwerfliches und die Partei demoralisierendes Programm auch nicht durch diplomatisches Stillschweigen anzuerkennen.

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht - und die Zeitumstände ließen das nicht zu - ÜBER das Eisenacher Programm<sup>5</sup> hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt diese bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.

Die Chiefs der Lassalleaner kamen, weil die Verhältnisse sie dazu zwangen. Hätte man ihnen von vornherein erklärt, man lasse sich auf keinen Prinzipienmacher ein, so hätten

---

<sup>2</sup> Am Kopf des Briefes hat Marx folgende Bemerkung zugefügt: »N[ota]bene. Das Manuskript muß in Ihre Hände zurückkehren, damit es mir nötigenfalls zu Gebot steht.«

<sup>3</sup> Diese Schrift Bakunins erschien 1873 unter dem Titel "Gossudarstvennaja i anarchija" anonym und ohne Ortsangabe in der Schweiz in russischer Sprache. Die Haltlosigkeit der von Bakunin vorgebrachten Beschuldigungen wurde von Marx in einem Konspekt des Buches Bakunins bewiesen. (MEW, Band 18, Seite 599 - 642.)

<sup>4</sup> Die Deutsche Volkspartei entstand 1865; sie setzte sich aus den demokratischen Elementen der Kleinbourgeoisie, teilweise aus Vertretern der Bourgeoisie - besonders der süddeutschen Staaten - zusammen. Die Partei trat gegen die Hegemonie Preußens in Deutschland auf und bestand auf einem föderativen Großdeutschland, dem sowohl Preußen als auch Österreich angehören sollten.

1866 schloß sich der Deutschen Volkspartei die Sächsische Volkspartei an, deren Kern aus Arbeitern bestand. In der Folgezeit entwickelte dieser linke Flügel sich in sozialistischer Richtung. Der Hauptteil der Partei schloß sich nach seiner Trennung von den kleinbürgerlichen Demokraten im August 1869 der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher) an.

<sup>5</sup> Eisenacher Programm von 1869, angenommen auf dem allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß, der vom 7. bis 9. August 1869 in Eisenach stattfand. Auf diesem Kongreß wurde die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Diese Partei war in der Auseinandersetzung mit dem Opportunismus Lassalles unter entscheidendem Einfluß von Marx und Engels entstanden.

sie sich mit einem Aktionsprogramm oder Organisationsplan zu gemeinschaftlicher Aktion begnügen MÜSSEN. Statt dessen erlaubt man ihnen, sich mit Mandaten bewaffnet einzustellen, und erkennt diese Mandate seinerseits als bindend an, ergibt sich also den Hilfsbedürftigen auf Gnade und Ungnade. Um der Sache die Krone aufzusetzen, halten sie wieder einen Kongreß VOR dem KOMPROMIßKONGREß, während die eigne Partei ihren Kongreß POST FESTUM hält. Man weiß, wie die bloße Tatsache der Vereinigung die Arbeiter befriedigt, aber man irrt sich, wenn man glaubt, dieser augenblickliche Erfolg sei nicht zu teuer erkaufte.

Übrigens taugt das Programm nichts, auch abgesehen von der Heiligsprechung der Lassalleschen Glaubensartikel.

<Ich werde Ihnen in der nächsten Zeit die Schlußlieferungen der französischen Ausgabe des "Kapitals"<sup>6</sup> schicken. Der Fortgang des Drucks war auf längere Zeit durch Verbot der französischen Regierung gehemmt. Diese Woche oder Anfang der nächsten wird die Sache fertig. Haben Sie die früheren 6 Lieferungen erhalten? Schreiben Sie mir gefälligst auch die Adresse von Bernhard Becker, dem ich ebenfalls die Schlußlieferungen schicken muß.>

Die "VOLKSSTAATS"-BUCHHANDLUNG hat eigne Manieren. So hat man mir bis zu diesem Augenblick z.B. auch nicht ein einziges Exemplar des Abdrucks des "Kölner Kommunistenprozesses"<sup>7</sup> zukommen lassen.

Mit bestem Gruß  
Ihr Karl Marx

---

<sup>6</sup> Die autorisierte französische Übersetzung des ersten Bandes des "Kapitals" wurde in Paris von 1872 bis 1875 in Fortsetzungen veröffentlicht.

<sup>7</sup> "Kölner Kommunistenprozeß" - Es handelt sich um Marx' Arbeit "Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln" (Siehe MEW Band 8, S. 405 - 470), die der "Volksstaat" in Leipzig 1874 in Fortsetzungen zum erstenmal in Deutschland veröffentlichte und die 1875 vom Verlag der Zeitung als Buch herausgegeben wurde.

# Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei

## I

1. "Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, UND DA nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern."

ERSTER TEIL DES PARAGRAPHEN: "Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur."

Die Arbeit ist NICHT DIE QUELLE alles Reichtums. Die NATUR ist ebensowohl die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als UNTERSTELLT wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen bürgerlichen Redensarten nicht erlauben, die BEDINGUNGEN zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Nur<sup>8</sup> soweit der Mensch sich von vornherein als Eigentümer zur Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum. Die Bürger haben sehr gute Gründe, der Arbeit ÜBERNATÜRLICHE SCHÖPFUNGSKRAFT anzudichten; denn grade aus der Naturbedingtheit der Arbeit folgt, daß der Mensch, der kein andres Eigentum besitzt als seine Arbeitskraft, in allen Gesellschafts- und Kulturzuständen der Sklave der andern Menschen sein muß, die sich zu Eigentümern der gegenständlichen Arbeitsbedingungen gemacht haben. Er kann nur mit ihrer Erlaubnis arbeiten, also nur mit ihrer Erlaubnis leben.

Lassen wir jetzt den Satz, wie er geht und steht, oder vielmehr hinkt. Was hätte man als Schlußfolgerung erwartet? Offenbar dies:

"Da die Arbeit die Quelle alles Reichtums ist, kann auch in der Gesellschaft sich niemand Reichtum aneignen, außer als Produkt der Arbeit. Wenn er also nicht selber arbeitet, lebt er von fremder Arbeit und eignet sich auch seine Kultur auf Kosten fremder Arbeit an."

Statt dessen wird durch die Wortschraube "und da" ein zweiter Satz angefügt, um aus ihm, nicht aus dem ersten, eine Schlußfolgerung zu ziehn.

ZWEITER TEIL DES PARAGRAPHEN: "Nutzbringende Arbeit ist nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich."

Nach dem ersten Satz war die Arbeit die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, also auch keine Gesellschaft ohne Arbeit möglich. Jetzt erfahren wir umgekehrt, daß keine "nutzbringende" Arbeit ohne Gesellschaft möglich ist.

Man hätte ebensogut sagen können, daß nur in der Gesellschaft nutzlose und selbst gemeinschädliche Arbeit ein Erwerbszweig werden kann, daß man nur in der Gesellschaft vom Müßiggang leben kann etc. etc. - kurz, den ganzen Rousseau abschreiben können.

Und was ist "nutzbringende" Arbeit? Doch nur die Arbeit, die den bezweckten Nutzeffekt hervorbringt. Ein Wilder - und der Mensch ist ein Wilder, nachdem er aufgehört

---

<sup>8</sup> (1891) Und

hat, Affe zu sein - der ein Tier mit einem Stein erlegt, der Früchte sammelt etc., verrichtet "nutzbringende" Arbeit.

DRITTENS: DIE SCHLUßFOLGERUNG: "Und da nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist - gehört der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach<sup>9</sup> gleichem Rechte, allen Gesellschaftsgliedern."

Schöner Schluß! Wenn die nutzbringende Arbeit nur in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft möglich ist, gehört der Arbeitsertrag der Gesellschaft - und kommt dem einzelnen Arbeiter davon nur soviel zu, als nicht nötig ist, um die "Bedingung" der Arbeit, die Gesellschaft, zu erhalten.

In der Tat ist dieser Satz auch zu allen Zeiten VON DEN VORFECHTERN<sup>10</sup> DES JEDESMALIGEN GESELLSCHAFTSZUSTANDS geltend gemacht worden. Erst kommen die Ansprüche der Regierung mit allem, was daran klebt, denn sie ist das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung; dann kommen die Ansprüche der verschiedenen Sorten von Privateigentümern<sup>11</sup>, denn die verschiedenen Sorten Privateigentum sind die Grundlagen der Gesellschaft etc. Man sieht, man kann solche hohlen Phrasen drehn und wenden, wie man will.

Irgendwelchen verständigen Zusammenhang haben der erste und zweite Teil des Paragraphen nur in dieser Fassung:

"Quelle des Reichtums und der Kultur wird die Arbeit nur als gesellschaftliche Arbeit" oder, was dasselbe ist, "in und durch die Gesellschaft". Dieser Satz ist unstreitig richtig, denn wenn die vereinzelt Arbeit (ihre sachlichen Bedingungen vorausgesetzt) auch Gebrauchswerte schaffen kann, kann sie weder Reichtum noch Kultur schaffen.

Aber ebenso unstreitig ist der andre Satz:

"In dem Maße, wie die Arbeit sich gesellschaftlich entwickelt und dadurch Quelle von Reichtum und Kultur wird, entwickeln sich Armut und Verwahrlosung auf seiten des Arbeiters, Reichtum und Kultur auf Seiten des Nichtarbeiters."

Dies ist das Gesetz der ganzen bisherigen Geschichte. Es war also, statt allgemeine Redensarten über "DIE Arbeit" und "DIE Gesellschaft" zu machen, hier bestimmt nachzuweisen, wie in der jetzigen kapitalistischen Gesellschaft endlich die materiellen etc. Bedingungen geschaffen sind, welche die Arbeiter befähigen und zwingen, jenen geschichtlichen<sup>12</sup> Fluch zu brechen.

In der Tat ist aber der ganze, stilistisch und inhaltlich verfehlte Paragraph nur da, um das Lassallesche Stichwort vom "unverkürzten Arbeitsertrag" als Losungswort auf die Spitze der Parteifahne zu schreiben. Ich komme später zurück auf den "Arbeitsertrag", "das gleiche Recht" etc., da dieselbe Sache in etwas anderer Form wiederkehrt.

2. "In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen."

---

<sup>9</sup> (1891) mit

<sup>10</sup> (1891) Verfechtern

<sup>11</sup> (1891) Privateigentum

<sup>12</sup> (1891) gesellschaftlichen

Der dem internationalen Statut<sup>13</sup> entlehnte Satz ist in dieser "verbesserten" Ausgabe falsch.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Grundeigentümer (das Monopol des Grundeigentums ist sogar Basis des Kapitalmonopols) UND der Kapitalisten. Das internationale Statut nennt im betreffenden Passus weder die eine noch die andere Klasse der Monopolisten. Es spricht vom "Monopol der Arbeitsmittel, d.h. der Lebensquellen"; der Zusatz "Lebensquellen" zeigt hinreichend, daß der Grund und Boden in den Arbeitsmitteln einbegriffen ist.

Die Verbesserung wurde angebracht, weil Lassalle, aus jetzt allgemein bekannten Gründen, NUR die Kapitalistenklasse angriff, nicht die Grundeigentümer. In England ist der Kapitalist meistens nicht einmal der Eigentümer des Grund und Bodens, auf dem seine Fabrik steht.

3. "Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags."

"Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut"! Soll wohl heißen ihre "Verwandlung in Gemeingut". Doch dies nur nebenbei.

Was ist "ARBEITSERTRAG"? Das Produkt der Arbeit oder sein Wert? Und im letzteren Fall, der Gesamtwert des Produkts oder nur der Wertteil, den die Arbeit dem Wert der aufgezehrten Produktionsmittel neu zugesetzt hat?

"Arbeitsertrag" ist eine lose Vorstellung, die Lassalle an die Stelle bestimmter ökonomischer Begriffe gesetzt hat.

Was ist "gerechte" Verteilung?

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung "gerecht" ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige "gerechte" Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über "gerechte" Verteilung?

Um zu wissen, was man sich bei dieser Gelegenheit unter der Phrase "gerechte Verteilung" vorzustellen hat, müssen wir den ersten Paragraphen mit diesem zusammenhalten. Letzterer unterstellt eine Gesellschaft, worin "die Arbeitsmittel Gemeingut sind und die Gesamtarbeit genossenschaftlich geregelt ist", und aus dem ersten Paragraphen ersehn wir, daß "der Ertrag der Arbeit unverkürzt, nach gleichem Rechte, allen Gesellschaftsmitgliedern gehört". "Allen Gesellschaftsgliedern"? Auch den nicht arbeitenden? Wo bleibt da "der unverkürzte Arbeitsertrag"? Nur den arbeitenden Gesellschaftsgliedern? Wo bleibt da "das gleiche Recht" aller Gesellschaftsglieder?

Doch "alle Gesellschaftsglieder" und "das gleiche Recht" sind offenbar nur Redensarten. Der Kern besteht darin, daß in dieser kommunistischen Gesellschaft jeder Arbeiter seinen<sup>14</sup> "unverkürzten" Lassalleschen "Arbeitsertrag" erhalten muß.

---

<sup>13</sup> Internationales Statut - die "Allgemeinen Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation", die 1866 auf dem Genfer Kongreß der Internationale angenommen wurden. Die authentische deutsche Ausgabe erschien 1871 in Leipzig (siehe MEW Band 17, Seite 440 - 455).

<sup>14</sup> (1891) einen

Nehmen wir zunächst das Wort "Arbeitsertag" im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertag das GESELLSCHAFTLICHE GESAMTPRODUKT. Davon ist nun abzuziehen:

ERSTENS: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel.

ZWEITENS: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion.

DRITTENS: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc.

Diese Abzüge vom "unverkürzten Arbeitsertag" sind eine ökonomische Notwendigkeit, und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.

Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:

ERSTENS: DIE ALLGEMEINEN, NICHT DIREKT<sup>15</sup> ZUR PRODUKTION GEHÖRIGEN VERWALTUNGSKOSTEN.

Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutenste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.

ZWEITENS: WAS ZUR GEMEINSCHAFTLICHEN BEFRIEDIGUNG VON BEDÜRFNISSEN BESTIMMT IST, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.

Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.

DRITTENS: FONDS FÜR ARBEITSUNFÄHIGE etc., kurz, für, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört.

Erst jetzt kommen wir zu der "Verteilung", die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

Der "unverkürzte Arbeitsertag" hat sich unterderhand bereits in den "verkürzten" verwandelt, obgleich, was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugut kommt.

Wie die Phrase des "unverkürzten Arbeitsertags" verschwunden ist, verschwindet jetzt die Phrase des "Arbeitsertags" überhaupt.

Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als WERT dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren. Das Wort "Arbeitsertag", auch heutzutage wegen seiner Zweideutigkeit verwerflich, verliert so allen Sinn.

Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage ENTWICKELT hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft HERVORGEHT, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent - nach den Abzügen - exakt

---

<sup>15</sup> (1891) fehlt: direkt

zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.

Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.

Das GLEICHE RECHT ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das BÜRGERLICHE RECHT, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur IM DURCHSCHNITT, nicht für den einzelnen Fall existiert.

Trotz dieses Fortschritts ist dieses GLEICHE RECHT stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen PROPORTIONELL; die Gleichheit besteht darin, daß an GLEICHEM MAßSTAB, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies GLEICHE Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter<sup>16</sup> als natürliche Privilegien an. ES IST DAHER EIN RECHT DER UNGLEICHHEIT, SEINEM INHALT NACH, WIE ALLES RECHT. Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer BESTIMMTEN Seite faßt, z.B. im gegebenen Fall sie NUR ALS ARBEITER betrachtet und weiter nichts in ihnen sieht, von allem andern absieht. Ferner: Ein Arbeiter ist verheiratet, der andre nicht; einer hat mehr Kinder als der andre etc. etc. Bei gleicher Arbeitsleistung und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr<sup>17</sup> ungleich sein.

Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.

---

<sup>16</sup> (1891) fehlt: der Arbeiter

<sup>17</sup> (1891) fehlt: vielmehr

In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte<sup>18</sup> gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!

Ich bin weitläufiger auf den "unverkürzten Arbeitsertrag" einerseits, "das gleiche Recht", "die gerechte Verteilung" andererseits eingegangen, um zu zeigen, wie sehr man frevelt, wenn man einerseits Vorstellungen, die zu einer gewissen Zeit einen Sinn hatten, jetzt aber zu veraltetem Phrasenkram geworden, unsrer Partei wieder als Dogmen aufdrängen will, andererseits aber die realistische Auffassung, die der Partei so mühevoll beigebracht worden, aber Wurzeln in ihr geschlagen, wieder durch ideologische Rechts- und andre, den Demokraten und französischen Sozialisten so geläufige Flausen verdreht.

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. VERTEILUNG Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. Sind die sachlichen Produktionsbedingungen genossenschaftliches Eigentum der Arbeiter selbst, so ergibt sich ebenso eine von der heutigen verschiedene Verteilung der Konsumtionsmittel. Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärtsgehn?

4. "Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andren Klassen NUR EINE REAKTIONÄRE MASSE sind."

Die erste Strophe ist aus den Eingangsworten der internationalen Statuten, aber "verbessert". Dort heißt es: "Die Befreiung der Arbeiterklasse muß die Tat der Arbeiter selbst sein"; hier hat dagegen "die Arbeiterklasse" zu befreien - was? "die Arbeit". Begreife, wer kann.

Zum Schadenersatz ist dagegen die Gegenstrophe Lassallesches Zitat vom reinsten Wasser: "der (der Arbeiterklasse) gegenüber alle andern Klassen NUR EINE REAKTIONÄRE MASSE bilden".

Im "Kommunistischen Manifest" heißt es: "Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehn, ist nur das Proletariat eine WIRKLICH REVOLUTIONÄRE KLASSE. Die übrigen Klassen verkommen und gehn unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt."<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> (1891) die Produktivkräfte

<sup>19</sup> Siehe MEW Band 4, Seite 472.

Die Bourgeoisie ist hier als revolutionäre Klasse aufgefaßt - als Trägerin der großen Industrie - gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen. Sie bilden also nicht ZUSAMMEN MIT DER BOURGEOISIE nur eine reaktionäre Masse.

Andrerseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, den die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: daß die "Mittelstände ... revolutionär (werden) ... im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat".

Von diesem Gesichtspunkt ist es also wieder Unsinn, daß sie "zusammen mit der Bourgeoisie" und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse "nur eine reaktionäre Masse bilden".

Hat man bei den letzten Wahlen Handwerkern, kleinen Industriellen etc. und BAUERN zugerufen: Uns gegenüber bildet ihr mit Bourgeois und Feudalen nur eine reaktionäre Masse?

Lassalle wußte das "Kommunistische Manifest" auswendig wie seine Gläubigen die von ihm verfaßten Heilsschriften. Wenn er es also so grob verfälschte, geschah es nur, um seine Allianz mit den absolutistischen und feudalen Gegnern wider die Bourgeoisie zu beschönigen.

Im obigen Paragraph wird nun zudem sein Weisheitsspruch an den Haaren herbeigezogen, ohne allen Zusammenhang mit dem verballhornten Zitat aus dem Statut der Internationalen. Es ist also hier einfach eine Impertinenz, und zwar keineswegs Herrn Bismarck mißfällige, eine jener wohlfeilen Flegelien, worin der Berliner Marat<sup>20</sup> macht.

5. "Die Arbeiterklasse wirkt für ihre Befreiung zunächst IM RAHMEN DES HEUTIGEN NATIONALEN STAATS, sich bewußt, daß das notwendige Ergebnis ihres Strebens, welches den Arbeitern aller Kulturländer gemeinsam ist, die internationale Völkerverbrüderung sein wird."

Lassalle hatte, im Gegensatz zum "Kommunistischen Manifest" und zu allem früheren Sozialismus, die Arbeiterbewegung vom engsten nationalen Standpunkt gefaßt. Man folgt ihm darin - und dies nach dem Wirken der Internationalen!

Es versteht sich ganz von selbst, daß, um überhaupt kämpfen zu können, die Arbeiterklasse sich bei sich zu Haus organisieren muß als KLASSE, und daß das Inland der unmittelbare Schauplatz ihres Kampfs. Insofern ist ihr Klassenkampf, nicht dem Inhalt, sondern, wie das "Kommunistische Manifest" sagt, "der Form nach" national. Aber der "Rahmen des heutigen nationalen Staats", z.B. des Deutschen Reichs, steht selbst wieder ökonomisch "im Rahmen des Weltmarkts", politisch "im Rahmen des Staatensystems". Der erste beste Kaufmann weiß, daß der deutsche Handel zugleich ausländischer Handel ist, und die Größe des Herrn Bismarck besteht ja eben in seiner<sup>21</sup> Art INTERNATIONALER Politik.

---

<sup>20</sup> Berliner Marat - offenbar ironisierend für Wilhelm Hasselmann, der damals in Berlin Chefredakteur des Organs des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 'Neuer Social-Demokrat' und neben Wilhelm Liebknecht Mitverfasser des Programmwurfs war.

'Neuer Social-Demokrat' - Organ des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins; erschien von 1871 bis 1876 dreimal wöchentlich in Berlin. Die Zeitung spiegelte die Politik der Lassalleaner wider: Anpassung an das Bismarcksche Regime, Liebäugeln mit den herrschenden Klassen Deutschlands sowie den Opportunismus und Nationalismus der lassalleanischen Führer.

<sup>21</sup> (1891) einer

Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, daß das Ergebnis ihres Strebens "DIE INTERNATIONALE VÖLKERVERBRÜDERUNG sein wird" - eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund<sup>22</sup> entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. VON INTERNATIONALEN FUNKTIONEN der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbrüdereten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!

In der Tat steht das internationale Bekenntnis des Programms NOCH UNENDLICH TIEF unter dem der Freihandelspartei. Auch sie behauptet, das Ergebnis ihres Strebens sei "die internationale Völkerverbrüderung". Sie TUT aber auch etwas, um den Handel international zu machen, und begnügt sich keineswegs bei dem Bewußtsein - daß alle Völker bei sich zu Haus Handel treiben.

Die internationale Tätigkeit der Arbeiterklassen hängt in keiner Art von der Existenz der "INTERNATIONALEN ARBEITERASSOZIATION" ab. Diese war nur der erste Versuch, jener Tätigkeit ein Zentralorgan zu schaffen; ein Versuch, der durch den Anstoß, welchen er gab, von bleibendem Erfolg, aber in SEINER ERSTEN HISTORISCHEN FORM nach dem Fall der Pariser Kommune nicht länger durchführbar war.

Bismarcks "Norddeutsche" war vollständig im Recht, wenn sie zur Zufriedenheit ihres Meisters verkündete, die deutsche Arbeiterpartei habe in dem neuen Programm dem Internationalismus abgeschworen.<sup>23</sup>

## II

"Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die deutsche Arbeiterpartei mit allen gesetzlichen Mitteln den FREIEN STAAT - UND - die sozialistische Gesellschaft; die Aufhebung des Lohnsystems MIT dem EHERNEN LOHNGESETZ - und - der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

Auf den "freien Staat" komme ich später zurück.

Also in Zukunft hat die deutsche Arbeiterpartei an Lassalles "ehernes Lohngesetz" zu glauben! Damit es nicht verlorengeht, begeht man den Unsinn, von "Aufhebung des Lohnsystems" (sollte heißen: System der Lohnarbeit) "MIT dem ehernen Lohngesetz" zu sprechen. Hebe ich die Lohnarbeit auf, so hebe ich natürlich auch ihre Gesetze auf, seien sie "ehern" oder schwammig. Aber Lassalles Bekämpfung der Lohnarbeit dreht sich fast nur um dies sog. Gesetz. Um daher zu beweisen, daß die Lassallesche Sekte gesiegt hat, muß das "Lohnsystem MIT dem ehernen Lohngesetz" aufgehoben werden und nicht ohne dasselbe.

---

<sup>22</sup> Friedens- und Freiheitsliga - bürgerlich-pazifistische Organisation. Sie wurde 1867 in der Schweiz von kleinstädtischen und bürgerlichen Republikanern sowie Liberalen unter maßgeblicher Beteiligung von Victor Hugo, Giuseppe Garibaldi u.a. gegründet. 1867/68 nahm Bakunin an der Arbeit der Liga teil. Die Erklärungen der Liga, daß es möglich sei, durch die Schaffung von "Vereinigten Staaten von Europa" mit Kriegen Schluß zu machen, riefen bei den Massen Illusionen hervor und lenkten das Proletariat vom Klassenkampf ab.

<sup>23</sup> Bismarcks 'Norddeutsche' - 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' - Tageszeitung, die von 1861 bis 1918 in Berlin erschien; in den sechziger bis achtziger Jahren offizielles Organ der Regierung Bismarck. Marx bezieht sich auf den Leitartikel vom 20. März 1875, in dem es zu Punkt 5 heißt: "Die sozialdemokratische Agitation ist in mancher Hinsicht behutsamer geworden: sie verleugnet die Internationale ..."

Von dem "ehernen Lohngesetz" gehört Lassalle bekanntlich nichts als das den Goetheschen "ewigen, ehernen, großen Gesetzen" entlehnte Wort "ehern". Das Wort EHERN ist eine Signatur, woran sich die Rechtgläubigen erkennen. Nehme ich aber das Gesetz mit Lassalles Stempel und daher in seinem Sinn, so muß ich es auch mit seiner Begründung nehmen. Und was ist sie? Wie Lange schon kurz nach Lassalles Tod zeigte: die (von Lange selbst gepredigte) Malthussche Bevölkerungstheorie<sup>24</sup>. Ist diese aber richtig, so kann ich wieder das Gesetz NICHT aufheben, und wenn ich hundertmal die Lohnarbeit aufhebe, weil das Gesetz dann nicht nur das System der Lohnarbeit, sondern JEDES gesellschaftliche System beherrscht. Grade hierauf fußend, haben seit fünfzig Jahren und länger die Ökonomen bewiesen, daß der Sozialismus das NATURBEGRÜNDETE Elend nicht aufheben, sondern nur VERALLGEMEINERN, gleichzeitig über die ganze Oberfläche der Gesellschaft verteilen könne!

Aber all das ist nicht die Hauptsache. GANZ ABGESEHEN von der FALSCHEN Lassalleschen Fassung des Gesetzes, besteht der wahrhaft empörende Rückschritt darin:

Seit Lassalles Tode hat sich die wissenschaftliche Einsicht in UNSERER Partei Bahn gebrochen, daß der ARBEITSLOHN nicht das ist, was er zu sein SCHEINT, nämlich der WERT respektive PREIS DER ARBEIT, sondern nur eine maskierte Form für den WERT resp. PREIS DER ARBEITSKRAFT. Damit war die ganze bisherige bürgerliche Auffassung des Arbeitslohnes sowie die ganze bisher gegen selbe gerichtete Kritik ein für allemal über den Haufen geworfen und klargestellt, daß der Lohnarbeiter nur die Erlaubnis hat, für sein eignes Leben zu arbeiten, d.h. ZU LEBEN, soweit er gewisse Zeit umsonst für den Kapitalisten (daher auch für dessen Mitzeherer am Mehrwert) arbeitet; daß das ganze kapitalistische Produktionssystem sich darum dreht, diese Gratisarbeit zu verlängern durch Ausdehnung des Arbeitstages oder durch Entwicklung der Produktivität,<sup>25</sup> größere Spannung der Arbeitskraft etc.; daß also das System der Lohnarbeit ein System der Sklaverei, und zwar einer Sklaverei ist, die im selben Maß härter wird, wie sich die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit entwickeln, ob nun der Arbeiter bessere oder schlechtere Zahlung empfangt. Und nachdem diese Einsicht unter unsrer Partei sich mehr und mehr Bahn gebrochen, kehrt man zu Lassalles Dogmen zurück, obgleich man nun wissen mußte, daß Lassalle NICHT WUßTE, was der Arbeitslohn war, sondern, im Gefolge der bürgerlichen Ökonomen, den Schein für das Wesen der Sache nahm. Es ist, als ob unter Sklaven, die endlich hinter das Geheimnis der Sklaverei gekommen und in Rebellion ausgebrochen, ein in veralteten Vorstellungen befangener Sklave auf das Programm der Rebellion schriebe: Die Sklaverei muß abgeschafft werden, weil die Beköstigung der

---

<sup>24</sup> Friedrich Albert Lange, "Die Arbeiterfrage in ihrer Bedeutung für Gegenwart und Zukunft", Duisburg 1865. Nach Malthus' (1766 - 1834, englischer Geistlicher und Ökonom) "Bevölkerungsgesetz" neigt die Menschheit dazu, sich »weit über das Maß der für sie bereitgestellten Nahrungsmittel zu vermehren, und zwar in geometrischer Progression [d.h. exponentiell], während die Nahrungsmittelerzeugung - infolge des sog. Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag - nur in arithmetischer Progression [d.h. linear] zu steigern sei.« Dadurch sei die Menschheit von Überbevölkerung bedroht. Dieser Tendenz würden jedoch »drei Arten von Hemmnissen« entgegenwirken. 1. Durch Hungersnöte, schwere und gesundheitsschädliche Arbeit, Naturkatastrophen, Krankheiten, Epidemien, Laster und Kriege müsse die Bevölkerung beständig gewaltsam »dem Nahrungsmittelspielraum angepaßt« werden (»positive Hemmnisse«). 2. Die Furcht vor dem Elend (»vorbeugendes Hemmnis«) oder 3. die freiwillige Enthaltbarkeit (»moralisches Hemmnis«) werden als alternative Möglichkeiten genannt, die "Bevölkerungsvermehrung einzudämmen".

Gesellschaftlich bedingte Ursachen des sozialen Elends im Kapitalismus werden gelegnet, Hunger und Not sind nach Malthus »Strafmittel der Natur gegenüber einer Verletzung des Bevölkerungsgesetzes«. Entsprechend fordert Malthus die »Unterlassung jeglicher Unterstützung Notleidender«.

[Zitate nach dem Ökonomischen Lexikon, Verlag Die Wirtschaft Berlin, 1966.]

<sup>25</sup> (1891) eingefügt: resp.

Sklaven im System der Sklaverei ein gewisses niedriges Maximum nicht überschreiten kann! Die bloße Tatsache, daß die Vertreter unserer Partei fähig waren, ein so ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht zu begehen - beweist sie nicht allein, mit welchem Leichtsinn, sie bei der Abfassung des Kompromißprogramms zu Werke gingen!

Anstatt der unbestimmten Schlußphrase des Paragraphen, "die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit", war zu sagen, daß mit der Abschaffung der Klassenunterschiede von selbst alle aus ihnen entspringende soziale und politische Ungleichheit verschwindet.

### III

"Die deutsche Arbeiterpartei verlangt, um DIE LÖSUNG DER SOZIALEN FRAGE ANZUBAHNEN, die Errichtung von Produktivgenossenschaften mit STAATSHILFE UNTER DER DEMOKRATISCHEN KONTROLLE DES ARBEITENDEN VOLKS. Die Produktivgenossenschaften SIND für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang INS LEBEN ZU RUFEN, DAß AUS IHNEN DIE SOZIALISTISCHE ORGANISATION DER GESAMTARBEIT ENTSTEHT."

Nach dem Lassalleschen "ehernen Lohngesetz" das Heilmittel des Propheten! Es wird in würdiger Weise "angebahrt"! An die Stelle des existierenden Klassenkampfes tritt eine Zeitungsschreiberphrase - "die soziale Frage", deren "Lösung" man "anbahnt". Statt aus dem revolutionären Umwandlungsprozesse der Gesellschaft "entsteht" die "sozialistische Organisation der Gesamtarbeit" aus der "Staatshilfe", die der Staat Produktivgenossenschaften gibt, die ER, nicht der Arbeiter, "ins Leben ruft". Es ist dies würdig der Einbildung Lassalles, daß man mit Staatsanlehn ebensogut eine neue Gesellschaft bauen kann wie eine neue Eisenbahn!

Aus Scham stellt man "die Staatshilfe" - "unter die demokratische Kontrolle des arbeitenden Volks".

Erstens besteht "das arbeitende Volk" in Deutschland zur Majorität aus Bauern und nicht aus Proletariern.

Zweitens heißt "demokratisch" zu deutsch "volksherrschaftlich". Was heißt aber "die volksherrschaftliche Kontrolle des arbeitenden Volkes"? Und nun gar bei einem Arbeitervolk, das durch diese Forderungen, die es an den Staat stellt, sein volles Bewußtsein ausspricht, daß es weder an der Herrschaft ist, noch zur Herrschaft reif ist!

Auf die Kritik des von Buchez unter Louis-Philippe im GEGENSATZ gegen die französischen Sozialisten verschriebnen und von den reaktionären Arbeitern des "Atelier"<sup>26</sup> angenommenen Rezepts ist es überflüssig, hier einzugehn. Es liegt auch der Hauptanstoß nicht darin, daß man diese spezifische Wunderkur ins Programm geschrieben, sondern daß man überhaupt vom Standpunkt der Klassenbewegung zu dem der Sektenbewegung zurückgeht.

Daß die Arbeiter die Bedingungen der genossenschaftlichen Produktion auf sozialem und zunächst bei sich, also [auf] nationalem Maßstab herstellen wollen, heißt nur, daß sie an der Umwälzung der jetzigen Produktionsbedingungen arbeiten, und hat nichts gemein mit der Stiftung von Kooperativgesellschaften mit Staatshilfe! Was aber die jetzigen

---

<sup>26</sup> 'L'Atelier' - französische Monatsschrift, die von 1840 bis 1850 in Paris erschien; Organ von Handwerkern und Arbeitern, die unter dem Einfluß der Ideen des christlichen Sozialismus standen.

Kooperativgesellschaften betrifft, so haben sie NUR Wert, soweit sie unabhängige, weder von den Regierungen noch von den Bourgeois protegierte Arbeiterschöpfungen sind.

## [IV]

Ich komme jetzt zum demokratischen Abschnitt.

A. "Freiheitliche Grundlage des Staats."

Zunächst nach II erstrebt die deutsche Arbeiterpartei "den freien Staat".

Freier Staat - was ist das?

Es ist keineswegs Zweck der Arbeiter, die den beschränkten Untertanenverstand losgeworden, den Staat "frei" zu machen. Im Deutschen Reich ist der "Staat" fast so "frei" als in Rußland. Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr durchaus untergeordnetes Organ zu verwandeln, und auch heutig sind die Staatsformen freier oder unfreier im Maß, worin sie die "Freiheit des Staats" beschränken.

Die deutsche Arbeiterpartei - wenigstens, wenn sie das Programm zu dem ihrigen macht - zeigt, wie ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief sitzen, indem sie, statt die bestehende Gesellschaft (und das gilt von jeder künftigen) als GRUNDLAGE des bestehenden STAATS (oder künftigen, für künftige Gesellschaft) zu behandeln, den Staat vielmehr als ein selbständiges Wesen behandelt, das seine eignen "GEISTIGEN, SITTlichen, FREIHEITlichen GRUNDLAGEN" besitzt.

Und nun gar der wüste Mißbrauch, den das Programm mit den Worten "heutiger Staat", "heutige Gesellschaft" treibt, und den noch wüsteren Mißverständnis, den es über den Staat anrichtet, an den es seine Forderungen richtet!

Die "heutige Gesellschaft" ist die kapitalistische Gesellschaft, die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelalterlichem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der "heutige Staat" wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. "Der heutige Staat" ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer, trotz ihrer bunten Formverschiedenheit, alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinn kann man von "heutigem Staatswesen" sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft untergehn<sup>27</sup>? In andern Worten, welche gesellschaftliche Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.

Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als DIE REVOLUTIONÄRE DIKTATUR DES PROLETARIATS.

---

<sup>27</sup> In der Ausgabe 1891: erleiden [statt untergehn]

Das Programm nun hat es weder mit letzterer zu tun, noch mit dem zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft.

Seine politischen Forderungen enthalten nichts, außer der aller Welt bekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr etc. Sie sind bloßes Echo der bürgerlichen Volkspartei, des Friedens- und Freiheitsbundes. Es sind lauter Forderungen, die, soweit nicht in phantastischer Vorstellung übertrieben, bereits REALISIERT sind. Nur liegt der Staat, dem sie angehören, nicht innerhalb der deutschen Reichsgrenze, sondern in der Schweiz, den Vereinigten Staaten etc. Diese Sorte "Zukunftsstaat" ist HEUTIGER STAAT, obgleich außerhalb "des Rahmens" des Deutschen Reichs existierend. Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb "des heutigen nationalen Staats", also ihres Staats, des preußisch-deutschen Reichs, zu bewegen - ihre Forderungen wären ja sonst auch größtenteils sinnlos, da man nur fordert, was man noch<sup>28</sup> nicht hat -, so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich daß alle jene schönen Sächelchen auf der Anerkennung der sog. Volkssouveränität beruhen, daß sie daher nur in einer DEMOKRATISCHEN REPUBLIK am Platze sind.

Da man nicht den Mut hat<sup>29</sup> - und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht -, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die französischen Arbeiterprogramme unter Louis-Philippe und unter Louis-Napoleon taten - so hätte man auch nicht zu der Finte flüchten sollen, Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staat zu verlangen, der nichts andres als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich<sup>30</sup> schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist,

Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das Tausendjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, daß grade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist - selbst sie steht noch berghoch über solcherart Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und logisch Unerlaubten.

Daß man in der Tat unter "Staat" die Regierungsmaschine versteht oder den Staat, soweit er einen durch Teilung der Arbeit von der Gesellschaft besondern, eignen Organismus bildet, zeigen schon die Worte: "Die deutsche Arbeiterpartei verlangt ALS WIRTSCHAFTLICHE GRUNDLAGE DES STAATS: eine einzige progressive Einkommensteuer etc." Die Steuern sind die wirtschaftliche Grundlage der Regierungsmaschinerie und von sonst nichts. In dem in der Schweiz existierenden Zukunftsstaat ist diese Forderung ziemlich erfüllt. Einkommensteuer setzt die verschiedenen Einkommenquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen voraus, also die kapitalistische Gesellschaft. Es ist also nichts Auffälliges, daß die Financial Reformers von Liverpool - Bourgeois mit Gladstones Bruder an der Spitze - dieselbe Forderung stellen wie das Programm.

B. "Die deutsche Arbeiterpartei verlangt als geistige und sittliche Grundlage des Staats:

1. Allgemeine und GLEICHE VOLKSERZIEHUNG durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlichen Unterricht."

---

<sup>28</sup> (1891) fehlt: noch

<sup>29</sup> (1891) Da man nicht in der Lage ist

<sup>30</sup> (1891) fehlt: und zugleich

GLEICHE VOLKSERZIEHUNG? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, daß in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen GLEICH sein kann? Oder verlangt man, daß auch die höheren Klassen zwangsweise auf das Modikum Erziehung - der Volksschule - reduziert werden sollen, das allein mit den ökonomischen Verhältnissen nicht nur der Lohnarbeiter, sondern auch der Bauern verträglich ist?

"Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht." Die erste existiert in Deutschland, das zweite in der Schweiz [und] den Vereinigten Staaten für Volksschulen. Wenn in einigen Staaten der letzteren auch "höhere" Unterrichtsanstalten "unentgeltlich" sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten. Nebenbei gilt dasselbe von der unter A. 5 verlangten "unentgeltlichen Rechtspflege". Die Kriminaljustiz ist überall unentgeltlich zu haben; die Ziviljustiz dreht sich fast nur um Eigentumskonflikte, berührt also fast nur die besitzenden Klassen. Sollen sie auf Kosten des Volkssäckels ihre Prozesse führen?

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.

Ganz verwerflich ist eine "VOLKSERZIEHUNG DURCH DEN STAAT". Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrpersonals, die Unterrichtszweige etc., und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz andres, als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen! Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen. Im preußisch-deutschen Reich nun gar (und man helfe sich nicht mit der faulen Ausflucht, daß man von einem "Zukunftsstaat" spricht; wir haben gesehn, welche Bewandnis es damit hat) bedarf umgekehrt der Staat einer sehr rauen Erziehung durch das Volk.

Doch das ganze Programm, trotz alles demokratischen Geklingels, ist durch und durch vom Untertanenglauben der Lassalleschen Sekte an den Staat verpestet oder, was nicht besser, vom demokratischen Wunderglauben, oder vielmehr ist es ein Kompromiß zwischen diesen zwei Sorten, dem Sozialismus gleich fernen, Wunderglauben.

"Freiheit der Wissenschaft" lautet ein Paragraph der preußischen Verfassung. Warum also hier?

"Gewissensfreiheit"! Wollte man zu dieser Zeit des Kulturkampfes<sup>31</sup> dem Liberalismus seine alten Stichworte zu Gemüt führen, so konnte es doch nur in dieser Form geschehen: Jeder muß seine religiöse wie seine leibliche Notdurft<sup>32</sup> verrichten können, ohne daß die Polizei ihre Nase hineinsteckt. Aber die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche "Gewissensfreiheit" nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten RELIGIÖSER GEWISSENSFREIHEIT, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber das "bürgerliche" Niveau nicht zu überschreiten.

---

<sup>31</sup> *Kulturkampf - »... der Kampf, den Bismarck in den siebziger Jahren durch polizeiliche Verfolgungen des Katholizismus gegen die deutsche Partei der Katholiken, die 'Zentrums'partei führte. Durch diesen Kampf hat Bismarck den streibaren Klerikalismus der Katholiken nur GESTÄRKT, hat er der Sache der wirklichen Kultur nur Abbruch getan, denn statt der politischen Scheidewände rückte er die religiösen Scheidewände in den Vordergrund und lenkte so die Aufmerksamkeit gewisser Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des revolutionären und des Klassenkampfes auf einen ganz oberflächlichen und bürgerlich-verlogenen Antiklerikalismus ab.« [Lenin.]*

<sup>32</sup> (1891) seine religiösen ... Bedürfnisse

Ich bin jetzt zu Ende gelangt, denn der nun im Programm folgende Anhang bildet keinen CHARAKTERISTISCHEN Bestandteil desselben. Ich habe mich daher hier ganz kurz zu fassen.

"2. Normalarbeitstag."

Die Arbeiterpartei keines andern Landes hat sich auf solch unbestimmte Forderung beschränkt, sondern stets die Länge des Arbeitstags fixiert, die sie unter den gegebenen Umständen für normal hält.

"3. Beschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit."

Die Normierung des Arbeitstags muß die Beschränkung der Frauenarbeit schon einschließen, soweit sie sich auf Dauer, Pausen etc. des Arbeitstags bezieht; sonst kann sie nur Ausschluß der Frauenarbeit aus Arbeitszweigen bedeuten, die speziell gesundheitswidrig für den weiblichen Körper oder die für das weibliche Geschlecht sittenwidrig sind. Meinte man das, so mußte es gesagt werden.

"VERBOT DER KINDERARBEIT"! Hier war absolut nötig, die ALTERSGRENZE anzugeben.

ALLGEMEINES VERBOT der Kinderarbeit ist unverträglich mit der Existenz der großen Industrie und daher leerer frommer Wunsch.

Durchführung desselben - wenn möglich - wäre reaktionär, da, bei strenger Regelung der Arbeitszeit nach den verschiedenen Altersstufen und sonstigen Vorsichtsmaßregeln zum Schutz der Kinder, frühzeitige Verbindung produktiver Arbeit mit Unterricht eines der mächtigsten Umwandlungsmittel der heutigen Gesellschaft ist.

"4. Staatliche Überwachung der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie."

Gegenüber dem preußisch-deutschen Staat war bestimmt zu verlangen, daß die Inspektoren nur gerichtlich absetzbar sind; daß jeder Arbeiter sie wegen Pflichtverletzung den Gerichten denunzieren kann; daß sie dem ärztlichen Stand angehören müssen.

"5. Regelung der Gefängnisarbeit."

Kleinliche Forderung in einem allgemeinen Arbeiterprogramm. Jedenfalls mußte man klar aussprechen, daß man aus Konkurrenzneid die gemeinen Verbrecher nicht wie Vieh behandelt wissen und ihnen namentlich ihr einziges Besserungsmittel, produktive Arbeit, nicht abschneiden will. Das war doch das Geringste, was man von Sozialisten erwarten durfte.

"6. Ein wirksames Haftgesetz."

Es war zu sagen, was man unter "wirksamem" Haftgesetz versteht.

Nebenbei bemerkt, hat man beim Normalarbeitstag den Teil der Fabrikgesetzgebung übersehen, der Gesundheitsmaßregeln und Schutzmittel gegen Gefahr etc. betrifft. Das Haftgesetz tritt erst in Wirkung, sobald diese Vorschriften verletzt werden.

Dixi et salvavi animam meam.<sup>33</sup>

---

<sup>33</sup> Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet.

"Die Befreiung der Arbeit erfordert die Erhebung der Arbeitsmittel zu Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gerechter Verteilung des Arbeitsertrags." S. 6

Marx Antwort:

Behaupten die Bourgeois nicht, daß die heutige Verteilung "gerecht" ist? Und ist sie in der Tat nicht die einzige "gerechte" Verteilung auf Grundlage der heutigen Produktionsweise? Werden die ökonomischen Verhältnisse durch Rechtsbegriffe geregelt, oder entspringen nicht umgekehrt die Rechtsverhältnisse aus den ökonomischen? Haben nicht auch die sozialistischen Sektierer die verschiedensten Vorstellungen über "gerechte" Verteilung? S.6

Erst jetzt kommen wir zu der "Verteilung", die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge faßt, nämlich an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird.

S. 7

Abgesehen von dem bisher Entwickelten war es überhaupt fehlerhaft, von der sog. VERTEILUNG Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen.

S. 9